

Bürgerbrief Langerwehe



Dezember 2018_1

Nicht nachvollziehbar und völlig unangebracht!

- CDU Langerwehe lehnt Resolution zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge ab.

Zum Hintergrund:

Wenn das Straßennetz in Gemeinden erneuert, erweitert oder verbessert wird, werden die anliegenden Grundstückseigentümer in NRW an den Kosten beteiligt. Damit diese abgeschafft werden können, muss §8 Kommunalabgabengesetz geändert werden. Daher hatte die SPD/FDP Fraktion den Antrag gestellt eine Resolution der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen zu überreichen um die Straßenausbaubeiträge abzuschaffen.

Der Bund der Steuerzahler NRW und Haus & Grund wollen Straßenausbaubeiträge in NRW abschaffen, ebenso die CDU Mittelstandsvereinigung (MIT).

Es ist für uns absolut nicht nachvollziehbar, warum die CDU Langerwehe diese Resolution abgelehnt hat.

Die Argumente waren u.a., dass in den letzten 20 Jahren nur sehr wenige Straßen (1-2) erneuert wurden oder dass man sich damit der Mitsprache des Rates entzieht.

Fakt ist:

Viele unserer mittlerweile viel befahrenen Straßen in der Gemeinde Langerwehe sind in einem schlechten Zustand und werden zum Teil schneller als befürchtet erneuert werden müssen.

Wenn der neue angedachte Entwurf der Landesregierung durchkommt, können die Kommunen künftig selbst festlegen, ob und mit welchen Kosten die Anlieger belastet werden. Das nutzt leider nur finanzstarken Kommunen, zu den Langerwehe bestimmt nicht gehört. Unser Haushalt ist schon seit Jahren geprägt von hohen Defiziten (**durchschnittliches Minus ca. 2,5 - 3,2 Millionen € im Jahr**).

Übernahme also die Gemeinde die Kosten, würde der Haushalt belastet und zwar in der Form, dass damit alle Mitbürger/innen mehr belastet würden und dies wiederum führt zu höheren Steuerabgaben für jeden Haushalt.

Würde das Land NRW die Kosten übernehmen, dann würden die Mittel aus deren Steuereinnahmen bezahlt. Das Land NRW hatte alleine in dem Jahren 2017 und 2018 Mehreinnahmen von über 5 Milliarden Euro und für 2019 werden 2,6 und für 2020 gar 4,1 Milliarden mehr erwartet.

Bürgerbrief Langerwehe



Frage: Gemeindebücherei aufgeben? – um ca.7000€ einzusparen?

- CDU Langerwehe bleibt bei ihrem Beschluss die Gemeindebücherei aufzugeben.

Wie wollen wir mit immer weniger Sozialstandards junge Familien nach Langerwehe holen?

Wir sagen NEIN, so geht's nicht!

Zum Hintergrund:

Der Rat beschließt in seiner Sitzung am 17.5.2018 gegen die Stimmen von SPD/FDP und Grüne die Übertragung der Gemeindebücherei an Dritte. (CDU Mehrheitsbeschluss und mit der Stimme des Bürgermeisters). Der Zeitpunkt der Übertragung ist 01.09.2018 wahlweise der Beginn des Schuljahres 2018/2019.

Kann keine Übertragung an Dritte erzielt werden, beantragt der Rat zur Reduzierung der freiwilligen Leistungen im Haushaltsjahr 2018 die Schließung der Bücherei zum 31.08.2018. Der in der Bücherei angestellten Bibliothekarin (nicht Minijobber) ist eine Ersatzbeschäftigung anzubieten.

Mit der Übertragung an Dritte waren wir und die Fraktion der Grünen einverstanden, mit der Schließung allerdings nicht.

Fakt ist:

Die Europaschule hat sich bereit erklärt die Schulbücherei weiterzuführen. Ein Förderverein, der es hätte ermöglichen können, den öffentlichen Teil der Bücherei zu erhalten, konnte leider nicht gegründet werden. Die Gemeindebücherei muss jetzt nach nochmaligem Beschluss, ebenfalls mit CDU Mehrheitsbeschluss und mit der Stimme des Bürgermeisters, leider aufgegeben werden.

Kosten:

- Die Gemeindebücherei verursacht Sachkosten von ca. 11.000€.
- Personalkosten können nicht eingespart werden.
- Einnahmen 4000€

Das heißt, die Gemeinde hätte nach wie vor ca. 7000€ zuschießen müssen.

Bei Gesamterträgen der Gem. Langerwehe von ca. 32.000.000€ sind 7000€ - ca. 0,02%.

Es ist unverantwortlich wegen 7000€ Sozial-Standards in der Gemeinde aufzugeben.

Die Gemeinde entwickelte eindeutig in die falsche Richtung!